

Pöfener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Donnerstag, 5. Dezember

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, dreigehaltene Reklamen 5 Sgr., find an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (G. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Feilerstraße, Ecke 4;
in Grah bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Dabbe & Co.

Annoncen-Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Relemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Sabath.

Nr. 571.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Amliches.

Berlin, 4. Dezember. Der König hat den seit herigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Stolberg, im Landkreise Aachen, Ahren, der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Der Geh. Registratur-Assistent Paschowski ist zum Geh. Registrator in der Admiralität ernannt worden; der königl. Bau-Insp. Dr. J. A. Knapp ist in gleicher Eigenschaft nach Siegen versetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt, 4. Dezember. Die Kaiserin ist heute Mittag 12 Uhr von Karlsruhe hier eingetroffen und nach kurzem Aufenthalt nach Weimar weitergereist.

München, 4. Dezember. Der zwischen Baiern und Württemberg abgeschlossene Staatsvertrag ermächtigt die württembergische Regierung, die von Heidenreich nach Ulm zu erbauende Eisenbahn über bayerisches Gebiet zu führen. (Priv.-Dep. d. Pos. Btg.)

Wien, 4. Dezember. Der niederösterreichische Landtag hat gestern den Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend die gegen die Jesuiten zu ergreifenden Maßregeln nach langer Debatte fast einstimmig angenommen. — Der Kaiser hat dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Hopfen in Anerkennung seiner Verdienste das Kommandeurkreuz des Leopoldordens verliehen.

Wien, 3. Dezember. Eslavj konnte den Eid noch nicht leisten, da er die Bildung des Ministeriums noch nicht beendet hatte. Graf Tschirsky trat aus Rom ein und wird das Portefeuille annehmen. Da Tisza bleibt, ist das Kabinet nunmehr vollständig. Das Ministerium für Landesverteidigung bleibt vorläufig unbesetzt. (Priv.-Dep. d. Pos. Btg.)

Bern, 4. Dezember. Der Ständerath hat bei der Beratung des Eisenbahngesetzes beschlossen, daß künftig nur der Bund und nicht mehr die einzelnen Kantone befugt sein sollen, Konzessionen zur Erbauung von Eisenbahnen zu erteilen. — Die königl. italienische Regierung ist auf den Vorschlag Borelli's betreffs Vertheilung der italienischen Ingenieure an dem Bau des großen Gotthard-Tunnels nicht eingegangen, weil solches mit dem Berner Vertrage im Widerspruch stehen würde.

Rom, 4. Dezember. Dem italienischen Gesandten in Athen wurden von seiner Regierung betreffs der Laurionfrage Spezialvorschriften erteilt. — Nigra wurde beauftragt, Thiers zu beglückwünschen. (Priv.-Dep. d. Pos. Btg.)

London, 4. Dezember. Nach einer dem „Globe“ aus Manchester ausgehenden telegraphischen Mitteilung wird die französische Regierung auf Aufrechterhaltung des von Thiers schon bei Kündigung des alten englisch-französischen Handelsvertrages proponierten Zolltarifes bestehen, England aber die Einführung von bloßen Kompensationszöllen verlangen. Das Blatt spricht die Meinung aus, daß die Ratifikation des Handelsvertrages nicht eher stattfinden wird, bis Frankreich sich nachgiebig erweist.

Konstantinopel, 3. Dezember. Nach einer offiziellen Meldung aus Jerusalem ist der lateinische Patriarch Valerga gestorben. Namik Pascha, der frühere Gouverneur von Jedda, wird, wie verlautet, zum Großvezier ernannt werden. — In Betreff der Reform der Gerichtsorganisation und der damit zusammenhängenden Frage der Konfessionsgerichtsbarkeit in Egypten wird die beteiligten Mächte, wie versichert wird, geneigt, den ägyptischen Zivilgerichten die Sicherung der Vollstreckung der Urtheile zu überlassen. Es ist jedoch beschlossen, eine Kommission zur Prüfung der von der ägyptischen Regierung für die unparteiische Handhabung der betreffenden Bestimmungen zu stellenden Garantien zu ernennen. Einige Regierungen haben schon ihre Delegationen bezeichnet. — Die Frage über die Gerichtsbarkeit in Strafsachen ist noch unentschieden gelassen.

Konstantinopel, 4. Dezember. Die Pforte giebt nicht ihre Genehmigung zur Neuwahl eines Jerusalemer Patriarchen. — Seitens der Regierung wurde befohlen, in Wien Armenärzte in größerer Anzahl zu engagieren. (Priv.-Dep. d. Pos. Btg.)

Washington, 3. Dez. Der Bericht des Schatzsekretärs Boutwell über die Finanzverhältnisse der Vereinigten Staaten schlägt den zur Schuldentilgung disponiblen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben im laufenden Finanzjahre auf 40, im nächsten Finanzjahre auf 34 Millionen Dollars an. Der Werth der Ein- und Ausfuhr wird für das nächste Jahr auf 1000 Millionen geschätzt, wovon etwa 28 Prozent auf amerikanische Schiffe entfallen würden. Boutwell konstatiert dabei, daß die fremde Einfuhr die amerikanische Ausfuhr erheblich übersteigt, daß die letztere namentlich seit dem Jahre 1871 sich um 13 Millionen verringert hat und empfiehlt auf das Dringendste energische Maßregeln, durch welche ein normales Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr wiederhergestellt werde. Ferner spricht sich derselbe für eine Reduktion der Zölle und für die Annahme schutzzöllerischer Prinzipien aus und erklärt, daß das Schahamt zur Herstellung der Werthbilanz zwischen Papiergeld und gemünztem Gelde eine Kontrollirung des Notenumlaufs forsetzen werde. Endlich wird in dem Berichte noch eine Ermäßigung der Steuer anempfohlen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 4. Dez. Das Abgeordnetenhaus befaßte sich heute in verhältnismäßig kurzer Sitzung mit kleineren Gesetzesentwürfen. Das Interesse aller Parteien wurde in Anspruch genommen durch die gestrigen Vorbeschlüsse der Fraktion Stahl im Herrenhause. Nichts Geringeres hat die unverändert gelassene feudale Majorität

vor, als die Kreisordnung abermals zu Fall zu bringen. Beschlossen wurde nach unsern bestinformirten Gewährsmännern, daß morgen, Donnerstag um 11 Uhr, in der Plenarsitzung Niemand fehle. Man will zwar zugeben, daß die Kreisordnung nicht wieder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werde, aber man hat sich vorgenommen, die Kreisordnung von Paragraph zu Paragraph zu amendiren, um die Mehrzahl der Beschlüsse zurück zu gewinnen, die in der vorigen Session gefaßt worden waren. Auf Kompromisse mit der Regierung will die Majorität sich in keiner Weise einlassen; der Minister des Innern soll den ganzen Jörn des beleidigten Junkerthums erfahren. Die Beratung wird sehr langsam und sehr gründlich vor sich gehen; für dies Verfahren findet man die Rechtfertigung in dem Umstand, daß vier und zwanzig neue Mitglieder in das Haus eingetreten sind, die, wie man vorweg annimmt, das Gesetz noch nicht zur Genüge kennen. Die jetzt bereits angemeldeten Amendements sind so zahlreich und tief einschneidend, daß die ganze Reform als gescheitert anzusehen ist, wenn auch nur vier Amendements angenommen werden. Die Junker setzen sich an frühere Zusagen nicht mehr gebunden, weil sie nicht den ganzen Schub neuer Mitglieder ins Haus haben hinterreiben können und weil, wie sie sagen, der Minister des Innern indiskret gewesen ist. Er hat nach ihrem Dafürhalten Mittheilungen in die Presse gebracht, die streng vertraulich bleiben sollten. Die Opposition richtet sich in erster Reihe gegen das Gesetz, in zweiter Reihe gegen die Person des Ministers Eulenburg. Den wollen sie partout aus dem Amt verdrängen. Die Junker wissen, daß das Abgeordnetenhaus auf ihre Vorschläge nicht eingeht, sondern bei seinen ersten Beschlüssen zu verbleiben mit ihrer parlamentarischen Ehre verpflichtet ist. Darum also muß, so wird kalkulirt, für diese Session die Reform abermals ins Wasser fallen. Sie rechnen weiter darauf, daß kein zweiter Schub erfolgt, nur, und kommt ein zweiter, der so aussieht, wie der erste, so thut's auch nichts, so kommt doch niemals eine liberale Kreisordnung durch's Herrenhaus.

— Der Kaiser ist nach Beendigung der Jagden bei Königs-Wusterhausen gestern Abend um 9¼ Uhr hierher wieder zurückgekehrt.

— Der an Stelle des Generals der Infanterie v. Peuder zum General-Insp. des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens ernannte Gen.-Lieut. Baron von Rheinbaben, bisher Kommandeur der 9. Division, ist zum Antritt seiner neuen Stellung von Glogau hier eingetroffen und im Hotel de St. Petersbourg abgesehen.

— Nachdem das Erlöschen der Minderpest in der Provinz Schleswig-Holstein amtlich konstatiert ist, sind sämtliche Sicherheitsmaßregeln für diese Provinz aufgehoben worden. — Dagegen ist in Schlesien wegen der in Böhmen ausgebrochenen Minderpest für die Kreise Habelschwerdt, Glog, Neude, und Waldenburg die Grenzsperrung für die österreichische Landesgrenze verhängt worden.

Danzig, 2. Dez. Wie die „Danz. Btg.“ hört, schweben jetzt wieder Verhandlungen über Ankauf des hiesigen Theatersgebäudes. Die Krone soll geneigt sein, das Haus unter guten Bedingungen der Stadt zu überlassen.

Düsseldorf, 4. Dez. In der Stadtverordneten-Versammlung vom 27. November verlas der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Hammer, eine auf Grund des Reskripts des Unterrichtsministers von der hiesigen königlichen Regierung erlassene Verfügung wegen Aufhebung des mit dem Kloster der Ursulinerinnen abgeschlossenen Vertrages über Ertheilung des Unterrichtes an der Mädchenschule der Lambertiuspfarre, sowie wegen Einstellung der Thätigkeit der an den hiesigen Schulen der Stadt fungirenden Schulschwestern. Der Herr Oberbürgermeister erklärte, er habe der Regierung vorgeschlagen, daß das Reskript auf die Ursulinerinnen keine Anwendung finden könne, da sie auf Grund besonderen Abkommens angestellt seien; die Thätigkeit derselben datire schon seit 1682 und zählten ihre Schulen anerkannt zu den besten. Die Regierung habe ihm aber eröffnet, ihre Verfügung sei durchzuführen und die baldige Auflösung des Vertrages herbeizuführen. Trotzdem hofft der Herr Oberbürgermeister, daß in Folge einer Eingabe der Schulschwestern an das Oberbürgermeister-Amt, sowie an die königliche Regierung, von Seiten des Herrn Kultusministers, schließlich wohl Abstand von der betreffenden Kündigung genommen worden sei oder noch werde. Was uns anbetrifft, schreibt der Korrespondent der „Volks-Btg.“, so hoffen wir — und wir glauben viele unserer Mitbürger mit uns — daß wir Düsseldorfer in dieser Beziehung nicht zu den Bevorzugten gehören werden. Daß die von Nonnen geleiteten Schulen zu den besten gehören, mag der Herr Oberbürgermeister — vielleicht auch noch Andere seiner Richtung — wohl annehmen. Wir haben uns indes schon zu oft überzeugt, daß junge Mädchen, welche 8-9 Jahre die Schule der Ursulinerinnen besucht hatten, kaum im Stande waren, Namen zu schreiben, um für die Fortführung solchen Unterrichtes zu sorgen. Die Hälfte der Lehrstunden wird in diesen Schulen bekanntlich auf den Katechismus verwandt. Woher es denn auch kommen mag, daß hier alljährlich eins oder zwei Mädchen von denen, welche die Nonnenschulen besuchten, gegen den Willen der Eltern ins Kloster gehen. — Wie es vom pädagogischen Standpunkte betrachtet, zuweilen in den von geistlichen Lehrerinnen geleiteten Schulen ausgeht, das hätte man aus einer vor einigen Jahren an den Herrn Präsidenten v. Kuhlweitz gerichteten Petition einer Anzahl Oberbiller Bürger lernen können. Dieselben baten um Entfernung der Nonnen aus der dortigen Pfarrschule (Oberbiller ist eine Landgemeinde Düsseldorf), weil es Thatsache sei, daß die Schulschwestern fast jede Woche einen der Schülerinnen erkrankten, für irgend einen frommen Zweck, als da sind: Klosterbesuche, Heidenmissionen u. s. w. u. s. w. Geld beizusteuern. Dies habe verschiedene Kinder, deren Eltern derartige Dinge nicht unterstützen wollten, dazu geführt, daß sie zu Hause, ohne daß die Eltern es wußten, Kleinfädeln wegnahmen und sie den Nonnen brachten. Als diese kleinen Diebstähle hier und da bemerkt wurden, und man die Kinder darüber zur Rede stellte, gaben sie an, daß diejenigen Kinder, welche den Schulschwestern immer Gaben brachten, ungestraft thun könnten, was sie wollten, wogegen die Nichts mitbrachten, des geringsten Vergehens wegen oft heftige Schläge bekämen. Dies war der Inhalt der Petition. Nehmen wir zu Alledem noch hinzu, daß in einer anderen hiesigen Nonnenschule Kinder damit bestraft worden sind, daß sie stundenlang mit gefalteten Händen im Schulzimmer knien mußten, oder — noch schlimmer — daß man Andere in einem von der Schule entlegenen Raum (dem sogenannten Todenzimmer, worin sich ein Schädel und Kreuzifix befindet) einsperrte, so brauchen wir ge-

wiß nicht zu betheuern, daß der einsichtsvollere Theil der Düsseldorfer Bürger mit uns hofft, daß die Regierung sämtliche Schulschwestern recht bald in den — Ruhestand versetzt. Für den Geist unserer Stadtverordneten war es übrigens bezeichnend, daß auch nicht eine Stimme sich gegen die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters erhob. Möchten daraus recht Viele die Lehre ziehen, daß die Wahl der Stadtverordneten wichtiger ist, als sie vielfach betrachtet wird.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 5. Dezember.

— Zum befohlenden Stadtrathe wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mit 17 von 25 Stimmen gewählt der fürstlich hohenollern'sche Rentmeister Krausnick zu Bassenheim bei Koblenz.

— In Betr. unserer Realschule nahm die Stadtverordnetenversammlung in ihrer gestrigen Sitzung bei Gelegenheit der Etatsberatung folgenden Antrag an: die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat auffordern, mit der Staatsregierung sofort in Unterhandlung darüber zu treten, unter welchen Bedingungen dieselbe die Ueberleitung der Realschule in eine Staatsanstalt, resp. die Umwandlung der Realschule in ein staatliches Gymnasium gestattet werde. Motivirt wurde dieser Antrag durch die außerordentlichen, stets wachsenden und für das nächste Jahr über 13,000 Thlr. betragenden Ausgaben, welche die Stadt für diese Anstalt zu tragen hat, ohne daß dieselbe der Höhe dieser Ausgaben Entsprechendes leistet und der städtischen Verwaltung entsprechende Befugnisse über die Anstalt eingeräumt sind. Das Durchschnittsgehalt der Lehrer wurde gemäß den Anforderungen des Normalstats auf 1050 Thlr. festgesetzt, und zwar das des Direktors auf 1800 Thlr. nebst freier Wohnung, das der Oberlehrer und ordentlichen Lehrer von 1500-650 Thlr. Um einen Theil dieser beträchtlichen Mehrausgaben zu decken, wurde das Schulgeld für diejenigen Schüler, deren Versorger hier steuerpflichtig sind, von 20 auf 24, und das derjenigen Schüler, deren Versorger hier nicht steuerpflichtig sind, von 28 auf 30 Thlr. erhöht.

— In der heutigen Sitzung der Handelskammer finden Beratungen über folgende Gegenstände statt: Vorlage der Regierung betreffend die Wartbestimmungen wie die Kosten derselben, Anträge wegen Beschaffung von zum Bau der Eisenbahn erforderlichen baulichen Vorrichtungen an der, der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft gehörigen Eisenbahn-Wartbahnbrücke hieselbst, wegen Beseitigung der Passagehindernisse auf der Westseite von Robatow bis zur polnisch-russischen Grenze, und wegen Benützung des Borsenjaales zur Abhaltung des Produkten-Landmarktes; es gelangen ferner gerichtliche Requisitionen, sowie die aus dem Handelskammer-Gesetz und der Birken-Ordnung sich ergebenden Etats- und Wahl-Angelegenheiten zur Erledigung.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Kurheftische 40 Thaler-Loose.** Serien-Ziehungen vom 2. Dezember. Geogene Serien. Nr. 2 153 166 292 411 497 682 695 738 770 796 876 972 1013 185 302 404 470 613 616 660 2004 241 283 427 554 593 615 645 666 3063 353 354 614 681 721 797 922 4054 105 368 416 841 880 951 981 5014 41 427 129 437 454 628 763 974 6166 313 394 439 691.

Wien, 4. Dezember. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 23. bis 30. Novbr. 208,295 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 37,354 fl. — Bodeneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 11,225 fl., Mindereinnahme 831 fl. — Bodeneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1833 fl., Mehreinnahme 657 fl.

**** Schweizer Westbahn.** Nach einer Publikation der Sachverständigen-Kommission ist der Kupon Nr. 2 der Schweizer Westbahn-Aktien erst am 1. Juli f. z. abzutrennen und werden die Aktien bis dahin incl. des betreffenden Koupens gehandelt.

Bukarest, 3. Dezember. Die rumänischen Bahnen haben in der 45. Woche eine Mehreinnahme von 95,161 Frs. gehabt.

New-York, 3. Dezember. Der norddeutsche Lloydampfer „Amerika“ traf heute hier ein.

Angekommene Fremde vom 5. Dezember.

AVLIUS' HOTEL DE BRASSE. Die Kaufl. Neve, Gröben, Giffener u. Nicklas a. Berlin, Skarruppe a. Gailo, Lorenz a. Breslau, Maack a. Stettin, Gundrich a. Königsberg, Arendt a. Lüttig, Ollendorf aus Rattowitz, Salomann a. Hamburg, Jakubowski a. Königsberg, die Rittergbl. Eramer a. Jarrauw, Herrmann u. Frau aus Breslau, Syndikus Kuhnast u. Betriebsinsp. Jacoby a. Guben, Krilan u. Frau a. Kiele.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufl. Maipbradt a. Pissa, Salomonski a. Breslau, Beonardt a. Bentschen, Epilberg aus Heilbrunn, Jillingner a. Leipzig, Joffow a. Hannover, G. Günther aus Pienitz, Geh. a. Frankfurt a. M., Wegner a. Glangau, Balbach aus Berlin, Blase a. Lübeck, Mühlentel. Kasch a. Bojanowo, Rittergbl. Baron v. Winterfeld a. Mur-Goslin, Valentini a. Nele, Kommiss. Rath Fürstheim a. Cöthen, Student v. Cleve a. Carow, Offizier v. Gade a. Dresden, Frau Rent. Strich u. Toht. a. Magdeburg.

KRUG'S HOTEL. Die Handelsl. Müller a. Butowicz, Liedke aus Rentomischel, Abraham a. Dzyzelo, Gutsb. Drzewiecki a. Strzyzino, Dr. Bauer a. Salzburg.

Nach kurzem Krankenlager entriß uns heute der Tod unsere liebe gute kleine **Sophie** in ihrem kaum vollendeten 7. Lebensjahre. Um stilles Beileid bitten
Posen, 4. Dezember 1872. **Magnus Käß** und Frau.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 5. c., Nachm. 2 Uhr statt.

Vom Landtage.

12. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Schluß.)

Berlin, 3. Dezbr. Abg. Pasker: Die Regierung theilt im Etat die Einnahmen in ordentliche und außerordentliche, nicht nur nach der Rubrik, wie sie bisher im Etat erschienen, sondern auch in der Prüfung darnach, in wie weit bestimmte Einnahmen als nachhaltige angesehen werden dürfen, oder als solche, die die Gunst der Umstände uns nur auf kurze Zeit zuweist. Die ordentlichen Einnahmen will nun die Regierung zum Theil zur materiellen Entlastung des Landes verwenden, zum Theil zur Erhöhung nützlicher Ausgaben. Die außerordentlichen Einnahmen aber will sie verwenden zum Theil für die außerordentlichen Ausgaben, zum Theil für die Schuldentilgung. Das sind die vier leitenden Gesichtspunkte, die die Regierung aufstellt, und mit diesen erkläre ich mich vollständig einverstanden. Es wird sich nun darum handeln, nachzusehen, ob diese vier sehr richtigen Grundzüge des Etats auch überall richtig ausgeführt sind. Die günstige Finanzlage muß uns zunächst zur Prüfung auffordern, ob die Einnahme, aus der sie fließt, wirklich solche sind, mit denen wir absolut zufrieden sein können, wir haben viele Einnahmen im Etat, die an sich nicht sehr hübsche oder unter Umständen nicht sehr saubere Einnahmequellen sind, die wir in Jahren des Defizits gelten lassen mußten, weil sonst die Bedürfnisse des Staates nicht gedeckt werden konnten. Ich frage nun, in welchem anderen Jahre sollen wir den moralischen Maßstab an die Einnahmen des Staates legen, als in solchen, wo wir eingestandenemassen an Ueberschuss der Einnahmen leiden? Ich habe im vorigen Jahre einmal über die Natur der Steuern Rede gehalten, und es wurde mir damals vorgeworfen, ich ließe gar keine Steuern mehr bestehen. Das war aber ein thatsächlicher Irrthum. Ich habe stehen lassen und rühre auch heute nicht daran, die Einkommensteuer, jetzt Klassensteuer, die Steuern aus Zöllen, die Grund- und Gebäudesteuer. Dagegen habe ich allerdings auf einzelne Steuern hingewiesen, die in Fortfall kommen müssen, wenn die Mittel zu ihrem Ertrag vorhanden sind, und von diesen bringe ich, da ich gewohnt bin, selbst in den Staatsverhältnissen das ethische Moment nicht gering zu veranschlagen, in erster Linie die Lotterien vor. Welche Entschuldigungen haben Sie für diese Einführung, gerade der niedrigsten Volksklassen, zum Lottospiel; denn die höheren Klassen haben ihre Spielorte, gerade so gefährlich und unsittlich an einer anderen Stelle. Ich bin der Meinung, daß wir schon in diesem Jahre einen Beschluß dahin fassen müssen, daß die Volksvertretung nicht länger das Spiel der Lotterien dulden will. (Zustimmung.) Man sage nicht, daß wenn diese Befriedigung des Spieltriebes abgeschnitten wird, dann andere Laster ähnlicher Art steigen und z. B. gewisse mittlere Gesellschaftsklassen an die Börse getrieben werden. Ich meine, der Staat kann gar nicht mit voller Kraft gewisse fehlerhafte Erscheinungen unterdrücken, wenn er selbst Theilnehmer dieses Übels ist. (Sehr richtig.)

Damit komme ich zu einer anderen Einnahme, in Betreff deren ich mich eher an den Herrn Justizminister als an den Herrn Finanzminister wenden möchte, in der That mit einer Erwägung, die ich ihm sehr nahe an's Herz lege. Der Herr Finanzminister hat bei der Stempelsteuer erklärt, daß auch die Einnahmen von den Stempeln in diesem Jahre bedeutend steigen werden und hinzugefügt: von einer reichen Fülle des Geldmarkts, welche gegenwärtig durch eine bestimmte Art des Handels über viele Klassen sich verbreitet, bekomme der Staat auch eine Kleinigkeit. Es bezieht sich dies auf das schon sehr gewöhnliche Wort der Gründungen, wodurch in der That nicht bloß von wirklichem Vermögen Steuern erhoben werden, sondern auch von eingebildeten, wenn, insofern dieses Uebel sehr weit bereits um sich gegriffen hat, nicht bloß dem Verkäufer seine abzulaufenden Gegenstände mit viel zu hohen Preisen bezahlt werden, sondern außerdem noch es möglich geworden ist, Zahlungen zu machen, die von ihrer Falsche zu Gute kommen. Dann erhält der Staat die Stempelsteuer für Werthe, die nicht existiren, sondern bloß zu schwindelhaften Operationen fingirt werden, wodurch der Eine oder Andere betrogen wird. Nun weiß ich wohl, daß der Herr Finanzminister einer solchen Erwägung gegenüber sich nicht helfen kann, und daß das alte Spüßwort fortgilt: „tessera non olet.“ Aber dem Herrn Justizminister möchte ich es dringend an's Herz legen, da er doch Gewalt über die Staatsanwälte hat, ein wenig Instruktion an dieselben ergehen zu lassen, daß dieser Unfug nicht so öffentlich fortgetrieben werde. (Beifall.) Ueber die Privatmoral spreche ich nicht, in wie weit der Einzelne seine Hand daran fern halten soll, durch seine Rede wird der Durs nach dem Golde vor der Felle gestillt und ich bin weit entfernt zu glauben, daß irgend welche Nachweise von Schäden, selbst irgend eine öffentliche Kritik wirken an der Stelle, wo solche Wünsche vorwalten. Aber es hat sich bereits ein Zeitungskrieg entpinnen, wodurch vielfach den Verwaltungsräthen vorgeworfen wird, daß sie den Kaufpreis für einzelne übernommene Gründungsobjekte weit höher ihren Aktionären veranschlagt als sie selbst dafür gezahlt haben. Das ist der offenbare Betrug, zu verfolgen nach dem Strafgesetzbuch und zu bestrafen mit Gefängnis. (Sehr richtig.) Herricht nun ein so weit verbreitetes Uebel im Lande, werden sogar öffentlich diese Uebelstände besprochen, dann ist es nicht mehr Sache des Finanzministers, sondern des Justizministers, dem Dinge auf den Grund zu gehen; denn das Uebel ist schon so weit verbreitet, daß alle Gesellschaftsklassen davon infizirt sind. Mitglieder des höchsten Adels im Lande betheiligen sich an derartigen Geschäften, welche nicht uns, sondern den Staatsanwalt und das Kriminalgericht beschäftigen sollten. (Sehr richtig.) Sicherlich werden diejenigen, welche noch äußerlich der anständigen Gesellschaft angehören wollen, sich zurückziehen von den Geschäften, sobald einmal in einzelnen Fällen durch einen richterlichen Spruch die Strafbarkeit und der kriminelle betrügerische Charakter dieser Handlungen wird dargethan sein. (Sehr richtig.) Es werden wahrscheinlich mehrere solche Geschäfte abgelehnt werden, es wird ein Ausfall an Stempeln eintreten, aber es wird eine Reinigung geschehen inmitten der allgemeinen Verwirrung, von der die verschiedensten Schichten der Gesellschaft von den höchsten bis zu den niedrigsten zu meinem großen Leidwesen ergriffen sind.

Ich komme sodann auf die Einnahme aus den Chausseegeldern, welche an sich ungerechtfertigt, aber auch volkswirtschaftlich verschwenderisch ist, weil sie mit Verlusten an Zeit für die Fahrenden verbunden ist und die Erhebung selbst große Kosten verursacht. Auch diese Einnahme kann nicht bestehen bleiben. Sodann muß ich von der Zeitungsstempelsteuer sprechen. Für ihre Beibehaltung vermag ich keinen andern Grund einzuführen, als den, sie bleibt bestehen, weil sie besteht. Sie ist im höchsten Grade ungerecht, und ich bin überzeugt, wenn wir nächstens ein Preßgesetz im Reichstage beraten werden, würde kein Mitglied sie bestehen lassen können. Wenn dem so ist, so ersieht man aber selbstverständlich, daß Preußen für sich in dieser Frage vorgeht; denn ich bin durchaus nicht dafür, in allen Fällen dem Reichstage die Aufgabe zu zuweisen, daß er unsere Schäden heile. Dagegen muß ich andererseits anerkennen, daß die Regierung thatsächlich und in sehr wirksamer Weise mit einer Entlastung der Steuerzahler vorgegangen ist. Ich rechne hierhin die den Provinzen zur Disposition gestellten 3 Millionen Thaler, die nach meiner Meinung in vollem Umfange die Natur eines Steuererlasses haben. Das das Gesetz wegen Reform der Klassen- und Einkommensteuer ansetzt, so billige ich rückwärts das Prinzip einer solchen Reform. Ich betone aber, daß mir die Skala von 140 Thaler durchaus als viel zu tief gegriffen erscheint. Wenn Sie diese 140 Thaler bestehen lassen, so wird die Folge davon sein, daß man sich in den Gemeinden und Kreisen mit falschen Einschätzungen helfen wird. — Ich bedaure auf das ernste, daß nicht zu dem Prinzip der Selbststeinschätzung gezwungen ist. Es heißt in den Motiven des Gesetzes: die Selbststeinschätzung würde im Lande auf großen Widerstand stoßen. Aber das würden doch immer nur individuelle Rücksichten sein; und es käme doch einmal auf einen Versuch an; auch soll ja die Selbststeinschätzung keineswegs ohne jede Korrektur seitens der kompetenten Behörden bleiben. Das Prinzip, die Extraordinaren der Einnahmen zu Schuldentilgungszwecken zu benutzen, kann ich nur für ein durchaus richtiges halten. Der Finanzminister hat mit dieser ersten Maßregel der Konsolidation sein Versprechen eingelöst, mit dem er in das Amt trat. Freilich tritt die Schuldentilgung zurück vor einer andern Frage, die an uns herantritt, und

das ist die Vermehrung der Ausgaben für die Zwecke des Unterrichts. Diese Aufgabe pocht so dringend an unsere Thür, daß wir unmöglich noch ein Jahr über ihre Erfüllung hingehen lassen können. (Sehr wahr! links.) Endlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß auch in Hinsicht auf die feineren Beziehungen des Lebens, und darunter vertheile ich vor Allem die Kunst, erhöhte Ansprüche an uns herantreten, deren Befriedigung sich nicht wohl wird umgehen lassen. Ich selbst behalte mir bei dem betreffenden Etat nähere Anträge vor. Zum Schluß wünsche ich, daß wir an diesen Etat nicht mit gar so sauren Mienen herantreten mögen. Das Unglück, einen so glänzenden Etat zu haben, ist nicht ein so sehr großes. Möge uns nur auch der Herr Finanzminister bei der Durchberatung des Etats die Wege leicht machen, und nicht überall da, wo wir technische Ausstellungen machen, immer gleich einen Angriff gegen die Finanzverwaltung erheben. (Beifall.)

Finanzminister Camphausen: Es besteht ein großer Gegensatz zwischen der Art und Weise, wie der Herr Vorredner seinen Vortrag geschlossen, und zwischen den Worten, mit denen der erste Redner seine ausführlichen Darlegungen beendigte. Der erste Herr Redner ließ sich zu der Aeußerung herbei, die Finanzen des preussischen Staates seien in der Wurzel vergiftet. Ich habe dabei das Gefühl gehabt, daß jeder Staat sich freuen würde, wenn seine Finanzen so vergiftet wären, wie die preussischen. Der andere Redner hat gesagt: Der Finanzminister werde stets in Unfrieden mit der Landesvertretung leben. M. H., sollte ich wirklich in Unfrieden mit der Majorität dieses hohen Hauses leben, so gäbe es ein sehr leichtes Mittel, dem aus dem Wege zu gehen, ich würde mich um meine Demission bemühen. Bis jetzt habe ich aber geglaubt, daß ich nicht in Unfrieden mit diesem hohen Hause lebe, sondern daß mir nur das Leben etwas sauer gemacht wird; daß ich dafür verantwortlich gemacht werde, wenn das nicht geschieht, was der Redner wünscht. Alle drei Redner haben darin übereingestimmt, das vorgelegte Steuergesetz einer eingehenden Kritik zu unterwerfen, bald wohlwollend, bald weniger wohlwollend. Ich bin nun zwar der Ansicht, daß wir heute über diese Steuerfrage nicht zu verhandeln haben, aber nachdem drei Redner in so ausführlicher Weise sich mit dieser Frage beschäftigt haben, werde ich wohl auch auf Nachsicht rechnen dürfen, wenn ich auch von meiner Seite aus einige Worte über diesen Gegenstand an Sie richte. Durch die Aeußerungen des Vorredners zog sich gleichsam als ein rother Faden hindurch die Befürchtung, daß die Verhandlungen über diese Frage vielleicht an einer gewissen Starrheit der Auffassung seitens des Finanzministers scheitern könnten. Ich glaube, auf eine solche Befürchtung, wenn sie wirklich bestand, hat eingewirkt der Gang der Beratung des vorigen Etatsentwurfes. Die Lage der Staatsregierung ist diesmal eine andere. Bei der vorjährigen Gesetzesvorlage war der Staatsregierung die Aufgabe gestellt, durch eine leicht ausführbare, rasch zu ergreifende Maßregel die Erleichterung dem Lande zuzuführen, welche nach der Auffassung der Staatsregierung die Verhältnisse gewähren könnten. Damals handelte es sich darum, einem oft wiederholten Wunsch dieses Hauses wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Wege zu bahnen, es handelte sich darum, rasch eine Umgestaltung der Klassensteuer vorzunehmen. In der diesmaligen Sitzungsperiode ist die Staatsregierung in der Lage gewesen, Ihnen einen reichlich erwogenen Steuerplan vorzulegen, sie ist in der Lage gewesen, diesen Steuerplan so abzugrenzen, daß gehofft werden darf, es werde über denselben eine Verständigung herbeizuführen sein. Man ist mit der Behauptung hervorgetreten, was der Entwurf an Entlastung bringe, das wird in der Sache eine Steuererhöhung werden. Nun, m. H., ich denke, wir sehen auch in diesem Falle, wie schwer es ist, die noch unbekannten Wünsche der Landesvertretung zu befriedigen. Im vorigen Jahre haben wir Ihnen eine Vorlage gemacht, an der man ansetzen möchte, was man wollte, aber sie war ein Vortreiben, daß eine Steuererleichterung sofort eintrete. In diesem Jahre machen wir Ihnen auf Neue eine Vorlage, und dieser Richtung hin, aber, weil man die damalige Basis unseres Vorschlages aufgeschoben hat, auf einer andern Basis, was zu ermittelnden Einkommens, nun wird sofort behauptet, wenn ihr von diesem Satz ausgeht, bekommt ihr viel zu viel Geld. Ich kann versichern, wenn die Verhandlungen zu der Ueberzeugung führen, daß dieser Satz unrichtig gegriffen ist, so würde ich nicht nur bereitwillig in eine solche Erhöhung willigen, sondern es würde mir dies eine große Freude bereiten. Denn ich bedaure, daß wir bis zu dieser Grenze das Eingehen der Steuer stattdessen lassen müssen. Ebenso kann ich Ihnen von vornherein die Versicherung geben, daß die Regierung die Frage der Steuerreform durchaus nicht als eine Parteifrage aufstellt, sondern daß sie nichts weiter ins Auge faßt, als den wirklichen Interessen des Landes zu dienen, daß sie den Einspruch über das, was das Abgeordnetenhaus für zuträglich hält oder nicht, mit geziemender Berücksichtigung entgegennehmen wird. Tiefer auf die Frage einzugehen, wie es mit der beabsichtigten Steuer im Einzelnen steht, glaube ich mir versagen zu müssen; nur würde es vielleicht auf sein, wenn ich eine Erläuterung gebe, wie man überhaupt zu dem vorgeschlagenen Satz gekommen ist. Da muß ich denn anführen, daß schon die Instruktion zur Klassensteuer vom 8. Mai 1851 für die oberste Hauptklasse die Abschätzung auf das Einkommen basirt hat, daß der neue Gesetzentwurf für diese oberste Hauptklasse sich im Wesentlichen an die früheren Vorschriften anschließt, aber in Bezug auf die untersten Stufen Ermäßigungen eintreten läßt. Ferner muß ich anführen, daß zwar nicht in der Instruktion, die das Finanzministerium für die Veranlagung zur Klassensteuer erlassen hat, wohl aber in einer Steuerregulative für die kommunale Einkommensteuer eine Untereinteilung stattdessen zu haben schien. Nach diesen Sätzen war zu 3 Thlr. zur Veranlagung gekommen ein Einkommen von 150—200 Thlr., zu 2 Thlr. ein Einkommen von 100—150 Thlr., das niedrigere zu einem niedrigeren Satz. Ich habe ferner anzuführen, daß nicht für einzelne Gegenden, sondern für ganze Landestheile mit der größten Bestimmtheit behauptet und uns offenkundig dargelegt worden ist, daß das Einkommen einer Haushaltung in jenen Schichten der Gesellschaft sich auf mehr als 120 Thlr. nicht veranschlagen lasse; ich kann Ihnen anführen: Gumbinnen, Königsberg, Marienwerder, Königs i. N. u. s. w. Ob diese Angaben sich als durchaus zutreffend erweisen werden, will ich dahingestellt sein lassen. Dann will ich anführen, daß bei einer Etala die nur um ein Weniges höher gegriffen war, ein Rechnungsführer im Finanzministerium mir einen Steueranfall von 3,300,000 Thlr. berechnet hat, ohne die Verantwortlichkeit zu übernehmen, daß der Steueranfall nicht noch etwas größer sein werde. So viel über den Punkt der Steuerreform. Ich wiederhole, die Staatsregierung wünscht die eingehende Prüfung, sie erwartet Ihren Beschluß darüber, ob die Basis als eine zutreffend gewählte anzuerkennen ist, und sie wird sich mit Ihnen zu verständigen suchen, damit jetzt wirklich eine Steuerermäßigung eintreten kann. — Unter den vielen Bemerkungen, die zu dem Etatsentwurf gemacht sind, bin ich heinabe in Verlegenheit, wohin ich mich zuerst wenden soll. Mein Blick fällt zunächst auf eine Aeußerung des zweiten Herrn Vorredners, dessen ich bis jetzt noch nicht gedacht habe. Er erklärt es für unbenutzbar, daß die Staatsregierung es für angemessen erachtet kann, zu einer außerordentlichen Schuldentilgung zu schreiten. Ich muß bemerken, daß der geehrte Abgeordnete noch nicht Mitglied dieses Hauses war, als mir über das Konsolidationsgesetz verhandelt. Damals habe ich mich dafür engagirt, daß ich, wenn die Verhältnisse es gestatteten, für eine außerordentliche Schuldentilgung eintreten würde. (Sehr richtig.) Dieses Wort haben wir durch Vorlegung dieses Etats eingelöst. (Bravo.) Ob es sich empfehlen könnte, einen Steuererlass zu gewähren, das wird dem Beschluß des hohen Hauses zu unterbreiten sein. Ich möchte aber behaupten, daß ein solcher Steuererlass sehr viel geringere Wirkung haben würde, als ihm der geehrte Vorredner zuschreibt, daß dagegen eine zweckmäßige Verwendung für Ausgaben dem Lande bei Weitem ersprießlicher sein wird. — Der Abgeordnete Pasker hat uns nicht ganz eine solche Piste von Steueränderungen aufgeführt, als im vorigen Jahre. Ich habe mit Befriedigung vernommen, daß er die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer bestehen lassen und uns diese Einnahmen nicht entziehen will. Wir würden bei einer solchen Auffassung uns schon sehr viel mehr nähern, als im vorigen Jahre. — Ich bin der Letzte, der befreit, daß auch ethische Rücksichten zu nehmen sind bei der Behandlung von Finanzfragen; ich bin der Letzte, der befreit, daß wir die Frage aufwerfen können, was ist dringender, Steuern zu erlassen ode

Institutionen aufzuheben, die sehr vielen Anstoß gewähren. Von diesem Standpunkte aus würde die Frage der Aufhebung der Lotterien eine Frage sein können. Sofern weiterhin wiederholt darauf hingewiesen worden ist, die Chausseegelder aufzuheben, so würde der geehrte Abgeordnete außerordentlich irren, wenn er mich für einen fanatischen Verehrer dieser Einrichtung halten wollte. Aber, meine Herren, wir können doch nicht alles gleichzeitig machen, wir können doch nicht auf der einen Seite einen großen Steuererlass decretiren, auf der anderen die Provinzialfonds dotiren und noch für recht ansehnliche Ausgaben Sorge tragen. Da fürchte ich, kommen wir aus der Noth der Ueberschüsse wieder zur Noth der Defizits, und ich, m. H., ziehe die erste Noth bei Weitem vor. (Sehr richtig. Heiterkeit.) Es ist bei der Beurtheilung des Etats für ein bestimmtes Jahr immer sehr völlig vor Augen zu halten, daß die Verhältnisse, wie sie für ein bestimmtes Jahr charakterisirt sind, darum noch nicht einen Anspruch auf unveränderte Fortdauer haben. Bis jetzt sind Anklagen, daß wir die Einnahmen zu hoch gegriffen haben, noch nicht erhoben worden; als möglich kann ich sie mir denken. Von dem Mittel, was in früherer Zeit befolgt worden ist, sich lediglich an den dreijährigen Durchschnitt zu halten, sind wir mehrfach abgewichen. Sollten wir nun auch nicht überlegen, daß in dem vorliegenden Etatsentwurf gewisse Einnahmequellen enthalten sind, die mehr oder weniger präkärer Natur sind und sein werden? Dahin rechne ich vor allen Dingen die außerordentlich hohen Einnahmen der Bergwerksverwaltung, nicht als wenn ich befürchte, daß im Jahre 1873 das Verhältniß sich ungünstig gestalten werde, im Gegentheil, ich vermute, daß unser Vorschlag eher zu gering ist, aber ich bitte ja nicht anzunehmen, daß wir darin mit einer Einnahme zu thun haben, die sich immer in derselben Weise ergiebig zeigen wird. Gerade in der Kohlenindustrie giebt es bedeutende Schwankungen. Wenn diese Schwankungen eintreten werden, vermag ich Ihnen nicht zu sagen, und ein Anderer wohl auch nicht. Es würde also sehr unvorsichtig sein, darauf bauen zu wollen, daß eine solche Einnahme in der Höhe sich erhalten wird. Wir haben mit vollem Rechte die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung sehr hoch veranschlagt, ich hoffe, daß die neueste Entwicklung des Eisenbahnwesens die Hoffnungen nicht täuschen wird; aber wenn uns die Konkurrenz nöthigen sollte, mit Tarifherabsetzungen vorzugehen, so sind auch diese Einnahmen nicht als völlig zuverlässig zu betrachten. — Darin hat der letzte Vorredner in völliger Uebereinstimmung mit mir gesprochen, als er auf die Nothwendigkeit hingewiesen hat, für Kunst und Wissenschaft mehr zu thun. Meine Ausgabe leiste ich mit mehr Freudigkeit, als eine solche. Wenn ich den Vorredner ein paar Mal leise unterbrochen habe, dann hatte es den Zweck, ihn daran zu erinnern, daß wir den Schritt, den wir für das Jahr 1872 gethan, im verstärkten Maße für das Jahr 1873 gethan haben. Sie werden bemerken, daß das Unterrichts- und Kultusministerium für das Jahr 1871 im Ordinarium mit 6,311,463 Thaler bedacht war, daß dasselbe Ministerium für 1873 mit 9,172,847 Thaler, also mit einem Mehr von 2,861,384 Thaler bedacht ist, und daneben eine Verstärkung im Extraordinarium von mehr als 1 1/2 Millionen Thaler. Es scheint mir, daß hiernach wohl nicht zu verkennen ist, wie viel gerade für diese Zwecke geschehen ist. — Was die Form des Etatsentwurfes angeht, gereicht es mir zur besonderen Befriedigung, die wahrlich nicht leichte Arbeit, einen Etat aufzustellen, der auf der einen Seite den berechtigten Anforderungen der Landesvertretung genügt, auf der andern die Verwaltungen nicht nutzlos einengt, wirklich gelöst zu sehen. Wenn daneben einzelne Etats, z. B. der des landwirthschaftlichen Ministeriums angegriffen worden sind, so kann ich heute die einzelnen Vorwürfe nicht genau prüfen; dies wird in der Budgetkommission geschehen müssen. Wenn der Abg. Richter gesagt hat, daß in diesem Etat alles wie Kraut und Rüben durcheinander geworfen sei, so möchte ich eigentlich, wenn ich die lange Liste ansehe, von den Punkten, die er in seiner Rede berührt hat, vielleicht dasselbe von seiner Rede behaupten; aber ich will es nicht thun. (Heiterkeit.) Ich will noch über das Befremdliche sprechen, welches der Abgeordnete dem Etatsentwurf entgegengebracht. Ueber den Eingang der Milliarden bin ich nicht in der Lage mehr zu sagen, als was ich im vorigen Jahre versündigt habe. Preußen hat nur eine Erleichterung genossen, daß wir in der Lage waren, den Staatschatz aufzulösen und die Ausgaben an das Reich zu verringern. Durch das Reichsgesetz vom 8. Juni d. J. ist angeordnet, daß die Verfügung über die Verwendung der auf den norddeutschen Bund fallenden Gelder nur durch Reichstagsbeschluß erfolgen kann. So lange ein solcher Beschluß nicht erfolgt ist, hat das preussische Finanzministerium seine Resolution darüber zu fassen. In welchem Sinne ein Reichstagsbeschluß erfolgen wird, wage ich nicht im Voraus zu bestimmen. Es ist den Herren, welche zugleich Mitglieder des Reichstags sind, bekannt, daß 2 1/2 Milliarden erforderlich waren, um theils die Ausgaben zu leisten, theils Schulden zu tilgen, ja daß diese Summe noch nicht dazu ausreichte hat. Wenn das Reich die fernern Mittel zur Deckung seiner Verpflichtungen in den Händen haben wird, wird es darüber zu bestimmen haben, ob es einen Fonds gründen will, dessen Zinsen zu Invaliden-Pensionen bestimmt werden können, oder ob es die Ueberschüsse an die Militärkassen vertheilen will. Dann würde auch Preußen seinen Theil daran erhalten und die preussische Landesvertretung in der Lage sein, die Frage zu entscheiden, was mit dem Gelde anzufangen sei. Bei der Vorlegung des Etats war die Staatsregierung nicht in der Lage, in dieser Beziehung schon Vorschläge zu machen. Die Finanzvorlage für 1873 ist völlig unabhängig von solchen Eventualitäten. Noch einzelnes, was dem Entwurf zur Last gelegt wurde, übergebe ich, weil ich glaube, daß es für eine Generalberatung nicht paßt, darauf einzugehen.

Handelsminister Graf Benckendorff: Zunächst kann ich in Beziehung auf das Berg- und Eisenbahnenwesen Alles bestätigen, was der Herr Finanzminister gesagt hat. Ich bin auch der Ansicht, daß wir den Etat vollständig erfüllen, vielleicht sogar einen Ueberschuss erzielen werden. Was das Bergwesen anbetrifft, so ergebe ich mich der Hoffnung, daß wir den Etat erreichen werden, indessen, wenn man unter der Erde arbeitet, giebt es immer einige Punkte, wo man nicht weiß, wie es unten aussieht. (Heiterkeit.) Ich habe aber die Hoffnung, daß wir in Znojmo rasch schon bald Salz verkaufen werden, aber in Segeberg ist plötzlich unterirdisches Wasser aufgetreten, was große Maschinen zum Auspumpen erforderte. Solche Dinge entziehen sich der Berechnung. Endlich erlaube ich mir die Bemerkung, daß nicht bloß in der einen Kategorie der Eisenbahnbeamten, die der Abgeordnete Richter anführte, eine Erhöhung der Gehälter stattgefunden hat, sondern auch noch in drei anderen Kategorien dasselbe geschehen ist.

Justizminister Leonhardt: Meine Herren, ich erlaube mir nur wenige Worte über den mir vom Abg. Pasker ertheilten freundschaftlichen Rath. Er hält es für Pflicht des Justizministers, die Staatsanwälte zur Entfaltung ihrer Thätigkeit betreffs der Gründungen anzuweisen. Ich bedauere, darauf nicht eingehen zu können. Der Justizminister hat den Staatsanwälten gegenüber seine Thätigkeit auf die Aufsicht zu beschränken und hat sich nicht in die Frage der Anklage erheben zu lassen. Seit einer Reihe von Jahren hatte ich diese Aufsicht für die korrekte, habe mich auch vor 5 Jahren durch Widerspruch nicht davon abbringen lassen. Wohl können Ausnahmen von diesem Grundsatz berechtigt sein, entweder für einzelne Fälle, oder generell, aber dafür müßte doch zuerst statistisches Material vorliegen, das vermisse ich bis jetzt vollständig, und dann würde auch noch hinzutreten müssen, daß sie Grund dazu hätten. Daß die Staatsregierung aus besonderen Gründen die beregten Verbrechen nicht verfolgen wollte, kann doch nicht angenommen werden. Die Sache ist doch einfach. Wenn bei diesen Gründungen offenbare Verbrechen vorkommen, so liegt es sehr nahe, daß die Betroffenen sich an den Staatsanwalt wenden, um die Erhebung der Anklage zu fordern und daß sich dann die Sache von unten nach oben bewegt. Wollte aber der Justizminister von vornherein mit solchen Anweisungen kommen, so wäre zu fürchten, daß dies zu einem unberechtigten Eingriff der Staatsanwaltschaft in die Privatverhältnisse führen könnte.

Abgeordneter von Rauchhaupt: Der ganze Etat macht den angenehmsten Eindruck. Vor Allem freue ich mich über die Dotationen der Provinzen, jetzt haben wir nicht mehr Ursache, auf Hannover neidisch zu sein. Die Angriffe des Abgeordneten Richter fallen meist in sich selbst; er wirft nur einen Bantappel hin, den hoffentlich Niemand aufnehmen wird. Wir müssen es anerkennen, daß

eine namhafte Schuldentilgung erzielt ist und doch ein Steuererlaß von 2½ Millionen gewährt wird. Die Steuerreform anlangend, sind wir mit dem Finanzminister einig in der Absicht, der untersten Stufe eine Erleichterung zu schaffen; über Einzelheiten, worin wir auseinandergehen, wird sich auch noch eine Verständigung erzielen lassen. Die Jiffer des Einkommens für die unterste Steuerstufe zu finden, ist schwierig; entgegen dem Abg. Laster möchte ich jedoch die Zahl 140 nicht erhöhen, sondern noch tiefer heruntersetzen. Wenn nun nicht zu leugnen ist, daß bei der anerkannt günstigen Finanzlage des Staates ein direkter Steuererlaß gefordert wird, so müssen wir gerade das Land darüber aufklären, welchen großen Aufgaben der Staat zu genügen hat. Die Frage der Eisenbahnpolitik ist sehr streitig. Aber wir keinen Ueberfluß aus ihrer Verwaltung erzielt sehen, gerecht uns zur Genugthuung; die Eisenbahnen sollen ebenso wie Post und Telegraphie, nur das Interesse des Publikums, nicht aber den Gewinn im Auge haben. Wenn der Staat nach solchen Grundrissen handelt, werde ich, daß der Geist des Materialismus immer mehr unterdrückt wird; dann werden auch die Einzelnen sich immer mehr von einem engherigen Standpunkt loslagern und ihre Person für das Wohl der Gesamtheit einzusetzen bereit sein.

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Richter, daß der Finanzminister Worte von ihm aus dem Zusammenhang gerissen und entzweit wiedergegeben habe. Er habe nicht gesagt, die preussischen Finanzen seien in der Wurzel vergiftet, vielmehr durchweg andere günstige Finanzlage anerkannt; das habe er aber bemerkt; durch den Militärstaat werde die Finanzpolitik in der Wurzel vergiftet. — Der Finanzminister will, daß dem Vorredner die Äußerung, er habe seine Worte entzweit, ungerügt gelassen worden, nichts erwidern, worauf Präsident v. Koller bemerkt, daß der Abg. Richter nicht gesagt habe, entzweit, sondern entzweit wiedergegeben, ein Ausdruck, der durchaus parlamentarisch sei. Der Antrag Richters, den Etat des Hauses der Vorstände zur Vorbereitung zu überweisen, wird, nachdem Laster bemerkt, daß der Widerspruch eines Mitgliedes die Abstimmung darüber ausschliesse, durch den Widerspruch Heise's erledigt, und die ganze Vorlage der Budget-Kommission überwiegen. Die Vorlage, betreffend die Dotation der Provinzial-Verbände und der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der den Angehörigen der Reserve und Landwehr gewährten Beihilfen, werden auf Wunsch des erkrankten Ministers des Innern von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Funktionen der Staatsbeamten. Das Haus entscheidet sich dafür, die Vorlage der zu wählenden Justizkommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

Die Pferdezucht in der Provinz Posen.

Die Provinz Posen gehört zu denjenigen Landestheilen des preussischen Staates, welche sich in hervorragender Weise für die Pferdezucht eignen. Dieselbe ist dort auch seit 1816 mit besonderer Vorliebe betrieben worden und hat seit jener Zeit in quantitativer Hinsicht einen Umfang gewonnen, wie er von keiner der übrigen Provinzen des Staates erreicht worden ist. Denn während z. B. in den Provinzen Sachsen und Westfalen von 1816 bis 1817 ein Rückgang in der Fohlenzucht eingetreten ist, hat dieselbe in Posen beinahe um 500 pCt. zugenommen, und während Posen pro 1000 Stüd im Jahre 1816; im Jahre 1867 4116 Fohlen und 2363 alte Pferde hielt, hatte Westpreußen pro 1000 Stüd im Jahre 1816; im Jahre 1867 1935 Fohlen und 1835 alte Pferde; Schlesien 1781 Fohlen und 1601 alte Pferde; Brandenburg 1449 Fohlen und 1526 alte Pferde; Ostpreußen 1418 Fohlen und 1257 alte Pferde; Rheinland 1247 Fohlen und 1592 alte Pferde; Pommern 1234 Fohlen und 1573 alte Pferde; Sachsen 1000 Fohlen und 1449 alte Pferde; Westfalen 725 Fohlen und 1054 alte Pferde.

Dagegen hat die Pferdezucht der Provinz in qualitativer Hinsicht mit der so bedeutenden Vermehrung der Stückzahl nicht gleichen Schritt gehalten. Felix Rahm widmet dieser Seite der Medaille in einer vor Kurzem bei H. Seydewitz in Bromberg erschienenen Broschüre: „Beitrag zur Pferdezucht in der Provinz Posen“ eine eingehende Betrachtung. Er schreibt unter Anderem:

„Der grenzenlose Wirrwarr, welcher aus falsch verstandenen Sparmaßnahmen resultiert, namentlich unter einem großen Theile der bäuerlichen Besitzer in Betreff der Auswahl von Zuchtthieren Platz gegriffen hat, das gleichsam ins blaue hineinzufragen, kann nun und nimmermehr unserer provinziellen Zucht zum Heile gereichen. Es dürfte somit an der Zeit sein, mit Nachdruck ein so bestimmtes ausgesprochenes, klar dargelegtes Zuchtziel, das die Rentabilität der Pferdezucht obenan stellt, namentlich unseren bäuerlichen Besitzern vor Augen zu führen, da dieselben nicht, wie ein Theil der Groggrundbesitzer, die Pferdezucht als Viehhaltung betreiben, sondern dieselbe als Einnahmequelle ansehen, mithin auch gleichzeitig das Nationalvermögen und der Nationalwohlstand der Provinz wesentlich hiervon tangirt wird.

„Von Jahr zu Jahr drängen die immer mehr steigenden Anforderungen der Landwirtschaft die täglich wachsende Kultur und die hiermit Hand in Hand gehende tiefere Beackerung des Bodens, selbst auch die stets im Wachsen begriffene Industrie, darauf hin, einen stärkeren, schwereren Pferdeschlag zu züchten. Auch für die leichteren Bodenarten der Provinz würde eine einmalige Kreuzung des vorhandenen kleinen und seinen Stufenmaterials mit Suffolk- oder Shiresdalen, Ardennen- oder Brabantern, Ardennen- oder Pommernhengsten nur von Vortheil sein. Später könnten dann je nach Bedürfnis von den hieraus resultirenden Zuchtungsprodukten mit großem Erfolge Reit-, Wagen- und Adresspferde gezogen werden, die unweifelhaft eine größere Leistungsfähigkeit haben würden, als die gegenwärtige Generation.

„Vor allen Dingen that es jedoch Noth, daß wir eine genau bestimmte, klar dargelegte Zuchtungsziele vor Augen haben und derselben mit eiserener Konsequenz Gestalt zu geben uns bemühen. Die Engländer haben uns zuerst gezeigt, daß man den Thierkörper wie weiches Wachs oder Lehm zu kneten im Stande ist, ihre hochgeschätzten Kulturrazen, wie Shorthorns, Suffolks, Southdowns, Vorkshire u. s. w. sind ein sprechender Beweis dafür, wie die Zuchtungskunst aus den uns von der Natur gegebenen Thierformen darzustellen vermag. Verunsen wir ihre Erfahrungen und richten wir mit Hilfe derselben einen provinziellen Pferdeschlag, der mit einem Worte schwerer, kräftiger, stärker und leistungsfähiger ist, und namentlich in Betreff der Futterverwertung begehrenswerter ist, als unser gegenwärtiger. Wie dies zu erreichen ist, muß Jeder mit Berücksichtigung seines vorhandenen Zuchtmaterials am besten zu beurtheilen im Stande sein, und lassen sich allgemein gültige, für jeden speziellen Fall passende Vorschriften nicht geben. So viel ist jedoch gewiß, daß wir im Großen und Ganzen sicherlich am schnellsten zum Ziele gelangen, wenn wir zu der Kreuzung mit irgend einem der oben genannten Hengste unsere Zuflucht nehmen.

„Es ist das Verdienst des Landrathmeisters v. Koller, nicht allein der Einführung schwerer Hengste in die Provinz Posen zuerst das Wort geredet zu haben, sondern er selbst ist auch der erste gewesen, der Suffolk- und Ardennenhengste importirt hat. Mit großer Liebe betreibt er in Birke die reine Ardennen-Zucht, und Jeder, der Augenzeugen hiervon an Ort und Stelle genommen, muß zugeben, daß sie unter seiner Hand vortheilhaft gedeiht und sich in vorwärtigem Maße durch große Fruchtbarkeit auszeichnet. In gleicher Weise nimmt er, soweit es irrend geht, darauf Bedacht, die Beschäftigungen mit dem leichtesten Material auszustatten, um namentlich auch für die Pferde- und Suffolk mehr Terrain zu gewinnen, und eine Bredse in die zuweilen undurchdringliche Pfahne der Vorurtheile gegen die Kreuzung mit derart schwerer Rachtengassen zu erzielen.

Eine kurze Betrachtung des Wesens dieser Kreuzung, mit welcher sich Verfasser in dem folgenden Theile seiner Schrift beschäftigt, wird in unserem nächste Berichte folgen. (Epen. 3.)

kompte diesen Punkt, so nahm die Reserve rasch zu. Die Reserve im Bank-Departement beträgt nun 13,063,000 M. St. Am 6. November, dem letzten Ausweise, welcher der Erhöhung auf 7 % voranging, betrug sie 9,048,000 M. St. Der Zuwachs beträgt mithin 4,015,000 M. St. Die Wirkung war so ungewöhnlich groß, weil in diesem Falle nicht allein das Hilfsmittel kräftig war, sondern die Krankheit auch innerlich und abgesehen von der Wirkung des Hilfsmittels gemildert wurde. Der Begehr nach Edelmetall, welcher den Markt am meisten affizirt, ist ein optioneller Begehr. Die Deutschen können ihre eigene Zeit für ihre Münzoperationen wählen, sie können Gold von uns entnehmen, oder nicht, wie es ihnen gefällt. Demgemäß und weil sie wahrcheinlich nicht wünschen, unseren Markt, während er sensibel war, zu plagen, und während das Eskompte 7 % betrug, entnahm die deutsche Regierung eine Zeit lang nicht, was wir nun ihre üblichen Goldzufuhren nennen mögen, von uns. Die Bankreserve wurde daher doppelt gestärkt; Gold kam nicht allein von den Provinzen, sondern auch vom Auslande in viel größeren Zufuhren als üblich und keine dieser Zufuhren wurde der Bank entnommen. Gerade, als die Zufuhr sich vermehrte, nahm die Nachfrage ab, und daher erklärt sich hauptsächlich die gegenwärtige Goldanhäufung und der letzte ausgezeichnete Bankausweis. Aber wie wird sich die unmittelbare Zukunft gestalten? Die Kardinal-Thatsache ist, daß der deutsche Geldbegehr wieder begonnen hat. Es ist daher ganz gewiß, daß trotz der jüngsten Besserung und des letzten ausgezeichneten Bankausweises Gold nicht so rasch fallen kann, als in einigen Kreisen sanguinisch erwartet wurde, sondern daß es für geraume Zeit theuer bleiben muß. Die Hauptursache, die es theuer gemacht hat — die deutsche Nachfrage — hält noch immer an. Wir dürfen hoffen, daß, nachdem wir wieder einmal die Wirksamkeit einer Diskonto-Erhöhung gespürt haben, die Bank von England nicht verfehlen wird, sich derselben zu bedienen, im Falle ihre Reserve stark abgenommen hat oder abnehmen sollte.

Berlin, 1. Dezember. [Wolherich.] Die dritte diesjährige diesjährige Kolonialwoll-Auktion begann am 26. d. M. und dauerte bis einschließend den 29. Es kamen zum Verkauf im Ganzen 10,278 Ballen. Die Konkurrenz der Käufer war unter der Wirkung des auf allen Branchen der Wollmanufaktur lastenden schlechten Geschäftsganges nur mäßig und namentlich die Betheiligung der indischen Stofffabrikanten schwach. Hauptkäufer waren deutsche und belgische Händler, deren Gebote theils durch die für Kapwollen von London eintreffenden schlechteren Berichte, theils durch den schleppenden Absatz der letzteren zwei Monate beeinflusst, wenig animirt waren. Die Auswahl war eine gute, namentlich Extra superior snow white-Wollen viel und sehr schön vertreten. Blicke dagegen nur in Mittelwaare und verlaufen sich demgemäß auch unregelmäßig. Die Preise stellten sich durchschnittlich wie folgt: Extra superior snow white pro Pfund 28 bis 28½ Sgr., Extralose 29 Sgr., Superior snow white 26½ bis 28 Sgr., Snow white 24 bis 26 Sgr., Mittel und fehlerhafte 21 bis 24 Sgr., Destrliche Blicke 16 bis 18 Sgr., Mittel und fehlerhafte 14 bis 16 Sgr., Westliche Blicke 19 bis 21 Sgr., Natal-Blicke 14 bis 17 Sgr. Das Geschäft in deutschen Wollen war während des ganzen Monats November entschieden schleppend, die Umsätze sehr unbedeutend. Die Ursachen sind dieselben wie die bei den Kolonialwollen erwähnten. Gleichzeitig wirkten aber auch die vielen im November rasch auf einander folgenden und die Aufmerksamkeit ableitenden Auktionen in Antwerpen, London, Berlin und die Messe in Frankfurt a. O. Die Preise deutscher Wollen haben sich so ziemlich erhalten wie im Oktober; Verkäufer waren etwas nachgiebiger. Wir notiren: Kam m o l l e n: Medlenburger und Vorpommern wie im Oktober, aber sehr geringfügiges Geschäft. Hinterpommern 3 A. ca. 77 Thlr.; 2 A. 75 bis 76 Thaler; A. 74 bis 75 Thlr. Letztere ohne Frage, wie überhaupt alle A. Wollen. T u c h w o l l e n: Umsätze geringfügig und schwermäßig. Keine Ostpreußen 76 bis 80 Thlr. Alles Andere ohne Umsätze. Stoffwollen: Ost- und Westpreußen 72 bis 75 Thlr.; Hinterpommern und Marl 74 bis 75 Thlr. Lo d e n: Gute Ostpreußen 65 Thlr.; Westpreußen, Herzogthümer, Pommern 60 bis 63 Thlr., Medlenburger 59 bis 60 Thaler. Kam m o l l e n: Ohne Frage. Die Meinung über den Artikel ist schwankend; den sehr mäßigen Beständen Deutscher wie Kolonialwollen steht der schlechte Geschäftsgang aller Wollmanufakturbranchen gegenüber.

Vermischtes.

* Ein Legat für den Kaiser. Frau Susanna Toth, die Frau eines Debrecziner Anzassen, testirte — wie „Hon“ schreibt — „Er. Majestät Franz Josef I. König von Ungarn“ 5, sage fünf Gulden. Dieser Tage ist nun von Seiten der Privatasse des Kaisers die Mitteilung an das Debrecziner Gericht herabgelangt, wonach das Legat „richtig empfangen“ wurde.

* Der Dachauer Bankswindel wird noch manche tragische Folge haben, gewiß eine der traurigsten hat sich aber bereits in der Nähe Landesbuth in dem distalbüngen Niederbairern angetragen. Die Frau eines Gütters (Kleinbauern) in Langenbach hatte im blinden Glauben der Allmacht der „frommen Fee“ Spigeder hinter dem Rücken ihres Mannes ihre gemeinsame geringe Habe bei dieser angelegt. Bei dem Zusammenbruch des Geschäftes stand sie die Sache ihrem Mann, welcher sie nun, halb wahnsinnig vor Zorn, im Angesichte ihrer vier Kinder mit einem Beile erschlug. (?)

* Dachau in Berlin. Die „Volls-Ztg.“ schreibt: Wir glauben einem Unternehmen auf der Spur zu sein, welches Dachau in Berlin heimlich machen zu wollen scheint. Unter der Firma: „Vermittlungs- und Kreditbank, Aktiengesellschaft in Berlin“ hat sich hier eine Gesellschaft gebildet, deren Direktor ein gewisser Herr Scheller ist und deren Aufsichtsrath aus folgenden Herren besteht: Direktor Fontanes, Major z. D., Baron von Genfau und Professor von Ortlie. Leider ist uns nur der letzte dieser Herren bekannt. Herr „Professor von“ Ortlie — ob Magyar oder Gede von Nationalität, ist uns entfallen, deßhalb hier mit der patriotischen Beschäftigung, das Wildpret seiner heimischen Wälder den Berliner Märkten zugänglich zu machen. Später pflog er selbst des Waidwerks, doch nur auf edles Wild war sein Pfeil gerichtet. Er fing Simpel, die mihelös glaubten, reich werden zu können und offenbarte ihnen durch einen fühligen Griff in die Tasche des Glücks, welche Lotteriennummer unfehlbar das große Loos darzustellen bestimmt sein würde. Doch Fortuna ist blind und deshalb oft unschlüssig. Der Herr „Professor“ gründete also eine neue „Fortuna“, nämlich eine Zeitung dieses Namens. (Wolherich ist es dieselbe „rentable Zeitung“, welche laut einer uns neulich in einem Blatte aufgefassenen Annonce für 300 Thlr. wegen Kränklichkeit des Besitzers zu verkaufen ist. Ob „Fortuna“ so unfehlbar ist, als ihr Besitzer wünscht, wissen wir nicht, jedenfalls ist der Herr Zeitungsbesitzer inzwischen zum Aufsichtsrath einer Bank abancirt und kann es vielleicht noch weiter bringen, wenn das Sprichwort wahr ist, daß die Dummheit nicht alle werben.)

* Herrn Bellachini, dem schon vielfache Beweise von Anerkennung zu Theil geworden, ist in den jüngsten Tagen durch einen Kammerdiener im Namen einer hochgestellten Dame ein Brillantring überreicht worden, der einen Werth von 1000 Thlrn. repräsentiren soll. Die unterhaltenden Soireen des Künstlers im Konjertsaal des königl. Schauspielhauses zu Berlin werden bis Ende des Jahres andauern.

* Baderverrin. In diesen Tagen ist eine Anzahl Männer, deren Name auf humanitären Gebiete einen ausgezeichneten Klang hat, zu einem Bäderverein zusammengetreten, welcher den Zweck hat, den ärmeren Volksklassen den Genuß von kalten und warmen Bädern in jeder Jahreszeit und zu einem mäßigen die Selbstkosten nicht übersteigenden Preise zu ermöglichen. Als oberster Grundsatz für die Benutzung der Bäder ist festgesetzt worden, daß dieselben nur gegen Entgelt, nicht als Almosen verabreicht werden. Die Energie der Urheber der Idee bürgt dafür, daß die „Bollbäder“ schleunigst eingerichtet und spätestens im nächsten Frühjahr dem Publikum zur Benutzung übergeben werden.

* Der Briefkastenadler. In der ehemaligen Pflug'schen-Fabrik wurde kürzlich eine Probe mit dem Abschleifen des preussischen Adlers vorgenommen, wie solche sich auf der Vorderseite der hier in Berlin aufgestellten eisernen Briefkästen befinden. Es knistert sich daran das Geräusch, daß jenes väterländische Merkmal der Briefkästen

durch das Zeichen eines Briefes ersetzt werden solle, in der Art, wie es bereits auf dem Eisenbahn-Postwagen zu sehen ist. Die „Kreuztg.“ macht dazu folgende Bemerkung: Wenn sich die angebliche Beseitigung des Adler-Zeichens verwirklichen sollte, würde freilich manches patriotische Bedauern darüber laut werden — wenigstens von Seiten derjenigen, welche noch Sinn haben für die Bedeutung des preussischen Adlers in der Geschichte nicht allein Preußens, sondern auch Deutschlands. Doch geben wir diese Notiz nur als ein Echo des Geräusches, ohne letzteres für wahr zu halten.

* Im Theater National zu Berlin ist es am vergangenen Sonntag zu einer eigenthümlichen Szene gekommen. Dieser Musentempel liegt am Gesundbrunnen und bietet seinen Besuchern abwechselnd dramatische Vorstellungen und Tanzdivertissements. Da es aber bei diesen letzteren nicht selten etwas wild zugeht, so ist von der Direktion ein offizieller „Kauschmeißer“ angestellt worden, der unter dem Namen der „schwarze Karl“ wegen seiner hertulischen Körperkraft ein Schrecken der ganzen Gegend geworden ist. Bei den Theatervorstellungen pflegt er indessen nicht zuzugehen zu sein. Als nun am Sonntag ein paar Herren sich während der Vorstellung etwas zu laut unterhielten, lehnten sich einige andere dagegen auf, und da man den Theater-Verberus, den schwarzen Karl, fern glaubte, so währte es nicht lange, bis sich eine recht solenne Prügelei entpand. Schon drohte der Kampf allgemein zu werden, als plötzlich wie ein Deus ex machina der schwarze Karl erschien, schlug seinen Rock aus, unter jeden Arm einen der Hauptausbolde nahm, sie bis an die Treppe schleppte und sie dann etwas unanst die dieselbe hinabgleiten ließ. Dieses Experiment wirkte denn auch alsbald so beruhigend auf die kampflustigen Gemüther, daß die Vorstellung ohne fernere Störung zu Ende geführt werden konnte.

* Stralsund, 30. Novbr. Die Besucher der gestrigen Theatervorstellung waren Zeugen einer Schreckenszene. Es wurde die „Zauberflöte“ gegeben und die Vorstellung war bis zum dritten Akte vorgeschritten, bis zu der Szene, wo Tamino und Pamina zum Beweise ihrer Standhaftigkeit durch Feuer und Wasser wandern müssen. Als das Paar zum zweiten Male bei bengalischer Beleuchtung aus der Seitencoulisse heraustrat, gerieth das leichte, luftige Gewand des Fräulein Löwi, der Darstellerin der Pamina, in Brand und in einem Augenblick standen ihre Kleider in hellen Flammen. Die auf der Bühne und hinter der Scene befindlichen Personen sprangen hinzu und mit Hilfe übergeworfener Decken gelang es, die Flammen zu ersticken, bevor ein größeres Unglück geschehen war. Fräulein Löwi, die ohne ernstliche Beschädigung davon gekommen war, wurde wiederholt mit lebhaftester Theilnahme begrüßt und hervorgehoben. Das Publikum kam bei dem Anblick der aus den Gewändern emporlodenden Flammen einige Zeit vollständig aus der Fassung, was um so erklärlicher war, als manche der Anwesenden sich des furchterlichen Unglücks erinnern mußten, das am 14. Juli 1861 sich in denselben Räumen zutrug. An jenem Tage gerieth bei einer Balletaufführung des Balletmeisters Pasqualis die Kleider zweier Tänzerinnen, Bertha Scheller und Christiana Voss, in Brand und beide Damen erlagen bald darauf den erlittenen Brandwunden. (Stralsunder Ztg.)

* Dresden. Dieser Tage wurden im Zoologischen Garten zu Dresden zwei Tiger geboren. Willig begab sich „Mathilde“, die Mutter derselben, als wenn sie fühle, daß sie die erste Nahrung den Jungen nicht bieten könne, in den benachbarten Raum, durch den sie von den Neugeborenen getrennt wurde, und nun überbrachten die Wärter sofort die schreienden Kleinen der bereits wartenden Hühnerhündin „Diana“, von der man vor Kurzem drei ihrer eigenen Jungen entfernt hatte, so daß ihr nur noch vier verblieben. Jedenfalls hielt die sanfte Hündin die jungen Katzen für ihr eigen Fleisch und Blut; sie ließ dieselben nicht allein sofort saugen, sondern legte sie auch zärtlich. In kurzer Zeit tranken sich die jungen Tiger bei der fremden Mutter ein gar stattliches rundes Bündlein an.

* Interessante Projekte. Gegen Herrn Haase, als Direktor des Leipziger Stadttheaters, schweben einige interessante Projekte. Während er sich berechtigt glaubt, alle diejenigen Opern und Stücke, die seine Vorgänger honorirt haben, für deren Wiederholungen unter seiner Direktion nicht wieder bezahlen zu müssen, sind die Genossenschaft der deutschen Autoren und besonders Richard Wagner, der entgegengelegten Meinung und haben beide gegen Herrn Haase für die Aufführung vieler Stücke und Opern, inklusive der gesetzlichen Strafen wegen unberechtigter Darstellung, im Ganzen die Summe von 70,000 Thlrn. eingeklagt.

* In Augsburg wird der Bau eines neuen Theaters beabsichtigt; der Vorschlag ist auf 500,000 Gulden festgesetzt, von denen bereits seitens einer Anzahl Bürger bedeutende Summen gezeichnet sind. Wenn die Zeichnungen den Betrag von 300,000 Gulden erreicht haben, will ein Konsortium die weiteren 200,000 Gulden übernehmen, wodurch der Baufonds gesichert wäre.

* Eine unbescheidene Bitte. Ein österreichisches Blatt bringt an seiner Spitze folgende Bitte: „Der Gefeistigte ersucht dringend, alle Zusendungen für sein Blatt so einzurichten, daß sie immer am Morgen des vorhergehenden Tages in seine Hände gelangen können.“

* Blüthen literarischer Publizistik in der Schweiz. Das Aufsehen gegen die biblische Algenwelt im Ranton Solothurn trägt schreckliche Früchte, wie die ultramontanen Blätter mit frommem Schauer berichten. Das „Midwälder Volksblatt“ und ihm nach der „Aznacher“ erzählen mit heiligem Ernste, daß der Teufel einen Bürger von Alten Nauds aus dem Bette geholt habe. Dem „Aus. Landb.“ wird mitgeteilt: „Glaubenswürdige Männer, deren Namen wir an geben können, wollen ob Starrich eine Leuterscheinung wahrgenommen haben, die einen vollständigen Todtentopf dargestellt habe. Ob die Erscheinung eine rein zufällige, oder eine Vorbedeutung und welche Vorbedeutung sie gewesen, läßt sich nicht sagen. Aber geheuer ist es gegenwärtig in Starrich nicht.“

* Ein Wolf in der Luft. Ein gewiß sehr seltsames Ereigniß trug sich kürzlich in der Gegend von Melun zu. Ein Aeronaut, und zwar Dilettant in diesem Fache, war eben im Begriffe, mit einigen Freunden eine Reise in seinem Ballon, der bereits gefüllt war, zu machen, als plötzlich ein aufsteigend gar schreckliches Thier unter wildem Geheul herbeistürzte und in den Netzen sprang. Einer der Anwesenden schnitt sofort die Seile entzwei und der Ballon erhob sich rasch in die Lüfte. Als das lustige Fahrzeug bereits über den Wolkenschwärzen, kam ein Mann, seinem Aussehen nach einem Seiltänzer ähnlich, mit dem Geschrei herbeigekürzt: „Mein Wolf, wo ist mein Wolf!“ Der Wolf segelte bereits in den Lüften; er war einem Menageriebesitzer entsprungen.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Bazar-Saal.
Donnerstag, 5. Dezember c., Abends 7½ Uhr,
CONCERT,
gegeben von
Jules de Swert,
K. K. Concertmeister u. Cellovirtuos,
und
Rafael Joseffy,
Pianist.
Billets zu nummerirten Sitzplätzen a 1 Thlr. 10 Sgr.,
Stehplätzen a 20 Sgr., sind von heute ab zu haben in der
Hof-, Buch- und Musikalienhandlung von
Ed. Bote & G. Bock.

